
FORUM: Vergangenheitsbewältigung

Keine Versöhnung durch Verdrängung

Gespräch mit Wolfgang Ullmann über die Befindlichkeit im -
Osten und die Erfahrungen beim Umgang mit der Vergangenheit*

Dr. Wolfgang Ullmann, geb. 1929 in Bad Gottleuba/Sachsen, studierte Theologie, Philosophie und Geschichte in Berlin und Göttingen. Nach vorübergehender Tätigkeit als Pfarrer war er von 1963 bis 1978 Dozent für Kirchengeschichte in Naumburg, seit 1978 in Ostberlin. Während der Übergangsphase der DDR war er Vertreter der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ am Runden Tisch und Minister in der Regierung Modrow. Er ist heute Bundestagsabgeordneter von „Bündnis 90 / Die Grünen“.

Frage: Im Mai 1992 hat man das Gefühl, daß sich die Deutschen in Ost und West so fern sind wie zu Zeiten der Mauer - vielleicht noch ferner. Woran liegt das?

Wolfgang Ullmann: Ich glaube, sie sind sich nicht so fern wie zur Zeit der Mauer, aber gerade deswegen haben sie ihre Konflikte. Was sich jetzt abzeichnet im Bundestag, in den Ländern, in den Parteien ist die Folge davon, daß die Rechtslage und soziale Situation der Ostdeutschen drastisch schlechter sind als die der Bevölkerung in den Westländern. Das hängt natürlich mit der Vorgeschichte in der SED-Diktatur zusammen; es hängt aber auch zusammen mit ganz schwerwiegenden politischen, ökonomischen und

* Das Gespräch führte Hans O. Hemmer am 29. Mai 1992 in Berlin.

rechtlichen Fehlern in den beiden Staatsverträgen, auf denen die Vereinigung beruht. Die Vereinigung ist währungspolitisch angelegt worden durch die Währungsunion, die der Hauptinhalt des ersten Staatsvertrages ist. Wie es in einem vorbereitenden Papier zu diesem Vertrag hieß, ist die Währungsunion kombiniert worden mit einer Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft. Und in dieser Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft geht es den Einwohnerinnen und Einwohnern im Osten deutlich schlechter als denen im Westen. Das hat mittlerweile zur Folge, daß sich das soziale Klima auch in Westdeutschland verschlechtert. Ich kann den Unwillen unserer Landsleute in den Westländern gut verstehen.

Wenn denn die ökonomischen und die finanziellen Probleme für die deutsch-deutsche Distanz ausschlaggebend sind: Gibt es praktikable Ansätze, Stichwort Lastenausgleich, zu deren Bewältigung?

Das Wort Lastenausgleich, das der Bundespräsident in die Debatte gebracht hat, ist ganz wichtig. Ich könnte das, was ich vorhin ausgeführt habe, kurz in einen Satz fassen und sagen: Genau das ist das Problem, daß man den Vereinigungsprozeß nicht als die größte Lastenausgleichsaufgabe der Nachkriegszeit aufgefaßt hat. Das ist aber, nach meinem Dafürhalten, zuallererst ein politischer Fehler gewesen. Die Verdrängung der Verfassungsfrage, die ein Kernstück der Koalitionspolitik im Vereinigungsprozeß gewesen ist, hat dazu geführt, daß die Lastenausgleichsfrage übersehen wurde - ich habe sie immer wieder angesprochen, aber daß sie nun von einer der höchsten Autoritäten unseres Landes thematisiert wird, ist sehr zu begrüßen. Man kann nur hoffen, daß es nicht zu spät ist.

Gegen den Vorschlag des Bundespräsidenten hat sich erheblicher politischer und ökonomischer Widerstand artikuliert. Sehen Sie trotzdem eine Möglichkeit, einer solchen Lösung politisch wie praktisch näherzukommen?

Das sehe ich durchaus - einmal, weil ich davon ausgehe, daß bei den kompetenten Verantwortlichen in den Westländern sich ein Wandel in der Meinungsbildung vollziehen wird. Wenn man so weiterverfährt, wie Herr Waigel, Herr Kohl und Teile der FDP, dann wird es auch denen schaden, deren Interessen diese Parteien und Politiker vertreten. Denn wenn unsere Währung in die Inflation hineinschlittert und wenn dieser verzerrte Markt in Deutschland weiterbesteht - in diesem Zusammenhang will ich auch die Tarifpolitik erwähnen -, dann wird das vor allen Dingen auch die schädigen, die jetzt Besitzinteressen vertreten. Insofern wird es höchste Zeit, daß sie sich Überlegungen öffnen, die zum Ziel haben, die große Mehrheit der Bevölkerung besserzustellen. Auch hier geht es letztlich um ein rechtliches Problem. Die Eigentumsfrage ist falsch behandelt worden, und die Frage eines Chancenausgleiches für die Ostbevölkerung, die unverhältnismäßig an den Kriegsfolgen gelitten hat, ist gar nicht erst gestellt worden, sondern man hat sich da auf Vertröstungsformeln eingelassen: die Produktivität müsse wachsen und so weiter. Man hätte sich doch zunächst einmal klarmachen müssen, daß diejenigen, die 40 Jahre lang benachteiligt worden sind, nun nicht in den Löhnen, in den Renten und auch in ihrer rechtlichen Situation noch einmal Strafe dafür bezahlen müssen, eben keinen Chancenausgleich bekommen, sondern vielmehr in einen sozialen und rechtlichen Wartestand versetzt werden. Das ist ein falsches Prinzip, das allen Deutschen schadet, weil es die Bundesfinanzen belastet. Man muß Milliarden und Milliarden unproduktives Geld ausgeben - das kann auf Dauer nicht gutgehen.

Nun war ja die deutsche Einigung ein unerwartetes politisches Ereignis von geradezu epochalem Zuschnitt. Wäre ihm nicht eine politische, ökonomische, soziale, kulturelle, moralische Kraftanstrengung - unter Hintanstellung von Kleinkariertheiten, Sonderinteressen, Egoismen - historisch angemessen gewesen?

Ja, auf jeden Fall. Und dafür hat es auch durchaus einen praktikablen Vorschlag gegeben: den des Runden Tisches. Man hört immer wieder die wohlfeile Rede, es sei alles zu schnell gegangen und man hätte dieses Verfahren, das dort vorgeschlagen wird, nicht anwenden können. Ich denke, das sind Redereien. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Bürgerbewegung Bündnis 90 - ich weiß genau Bescheid, weil ich selbst den Antrag formuliert habe - Mitte Mai 1990 vorgeschlagen hat, sich zunächst auf die Beitrittserklärung zu einigen und dann festzulegen, wie die Vereinigungsschritte auszusehen haben. Und es hat mir noch niemand klarmachen können, daß dieser Weg die Währungsunion ins Uferlose vertagt hätte. Sie hätte dann wahrscheinlich einen etwas anderen Verlauf genommen - und, wie ich glaube, einen weniger katastrophalen als den, den wir jetzt sehen. Ich bin also kein Bewunderer der Politik von Kohl und Schäuble in dieser Sache. Ich glaube, sie haben schwere Fehler gemacht, für die alle Deutschen nun anfangen zu zahlen.

Ist denn die deutsche Politik nicht in der Lage, Fehler einzugestehen und sie dann zu revidieren?

Das will ich ihr nicht rundheraus absprechen, aber ich denke, viele Politiker sind sich immer noch nicht im klaren darüber, wie groß die Fehler sind, die sie gemacht haben.

Noch einmal zurück zum Ost-West-Gegensatz: In Westdeutschland ist die Meinung verbreitet, daß die Ostdeutschen zu schnell und zu leicht einen Lebensstandard haben wollen, für den man im Westen lange und hart arbeiten müssen. Läßt sich diese Diskrepanz in den Erwartungshaltungen angleichen?

Das ist für mich etwas schwierig zu beantworten, weil ich denke, daß die Voraussetzungen einfach nicht stimmen. Die Einstellung, die Sie genannt haben, höre ich auch immer wieder. Sie beruht aber, denke ich, auf einem völligen Mißverstehen der geschichtlichen Situation. Das erste ist doch, daß jeder Ostdeutsche - wie ich auch -, wenn er das hört, sofort fragt, was wir denn wohl in den 40 Jahren getan haben sollen: Haben wir sie etwa im Urlaub auf Mallorca verbracht? Meine Mutter war 1945 Trümmerfrau, wie es Trümmerfrauen in Köln und in Stuttgart und überall gegeben hat. Da ist doch überhaupt kein Unterschied. Und was die harte Arbeit anbelangt, so kann man nur konstatieren, daß sie sich in Westdeutschland gelohnt hat, während sie in den ostdeutschen Ländern, die auch noch ihre Zerstörung durch die SED-Politik hinnehmen mußten, in den betrügerischen Bankrott der SED-Wirtschaft geführt hat. Das ist der Unterschied. Was fehlt, ist irgendeine Gemeinsamkeit in der Grundhaltung. Das mache ich den Westdeutschen gar nicht zum Vorwurf. Es liegt daran, daß man sich nicht auf ein gemeinsames politisches Vorgehen geeinigt hat. In dem Moment, in dem wir uns auf eine gemeinsame politische Aktivität in Gestalt einer Verfassungsgebenden Versammlung geeinigt hätten, wäre alles anders geworden. Dann wären wir sofort in einem Boot gewesen. Jetzt torkeln die armen Ostdeutschen immer noch in ihrem wirklich hinf'älh'gen Schiffchen der ehemaligen DDR herum, die in Bezug auf die Wirtschaft ja immer noch da ist, siehe Treuhandanstalt. Das ist der letzte DDR-Rest, der noch steht. Die Westdeutschen haben das miserable Gefühl, daß sie dieses abgetakelte Schiff hinter sich herziehen müssen und tun sich immer schwerer dabei. Das ist die Lage und darüber kann man sich ärgern. Aber man darf den Ostdeutschen nicht vorwerfen, daß es so gekommen ist, wie es gekommen ist.

Das zweite, was ich sagen möchte: Man hat den Ostdeutschen doch gerade geraten, daß sie es so machen müßten, wie die westdeutsche Politik es sagt, dann würden sie am schnellsten all das bekommen, was sie möchten. Das erweist sich nun als eine kapitale Täuschung. Man darf darüber rätseln, ob die Ostdeutschen bewußt getäuscht worden sind, oder ob sich die westdeutschen Politiker selbst schwer getäuscht haben. Ich glaube das letztere, aber das macht ihre Verantwortung keineswegs geringer.

Welche wesentlichen Elemente könnte ein gemeinsames Projekt denn aufweisen? Sie haben die Verfassung genannt. Könnte es auch eine gemeinsame Symbolik, gemeinsame Aufgaben geben? Oder bleibt das, was die beiden Teile gemeinsam haben, bis auf weiteres das Autofahren?

Nichts gegen das Auto, ohne das ich meine Arbeit nicht mehr erledigen könnte. Aber es ist eine Verzerrung der Realitäten, wenn man den Leuten weiß macht, sie seien etwas, wenn sie eine westliche Automarke fahren. Das Leben besteht eben nicht nur aus Opel und Ford, sondern aus ganz anderen Realitäten. Aber die Frage zielt ja auf etwas viel Zentraleres: Die Verfassung hat nicht nur hohen symbolischen Rang, dabei geht es auch um eine gemeinsame politische Aktion. Wenn ich an die vielen westdeutschen Beamten denke, die bei der Post, in den Justizverwaltungen oder in den Landesbehörden tätig sind, dann kann ich nur sagen, dort gibt es gar keine Ost-West-Probleme. Die Menschen in den östlichen Ländern sind dankbar für dieses Engagement und merken auch, daß es effektiv ist. Umgekehrt haben sich die Westdeutschen, die in Dresden, Leipzig oder anderswo arbeiten, mittlerweile so mit den dortigen Aufgaben identifiziert, daß niemand auf den Gedanken kommt zu sagen, sie seien Besserwissis oder ähnliches. Und das, denke ich, ist auch der einzig richtige Weg. Wo man zusammen arbeitet, gemeinsam Schwierigkeiten löst, da gibt es keine Probleme der deutschen Einheit. Das gilt auch für das Ganze. Und da kann ich nur die Bundesregierung attackieren und fragen: Warum sitzt der Bundeskanzler nicht längst in Berlin - als ob das nicht möglich sei. Beim Parlament ist es schwieriger. Das hat die letzte Bundestagssitzung in Berlin gezeigt. Aber der Kanzler mit seinem Arbeitsstab könnte schon in Berlin sein. Das hätte eine erhebliche Wirkung. Die Ostländer können es einfach nicht verstehen, wenn Bundesbehörden, die dorthin verlegt werden sollen, immer nur entsetzte Briefe schreiben: Mit Bestürzung haben wir gehört — als ob sie strafversetzt werden sollten! So lange diese Stimmung herrscht, ist überhaupt nicht abzusehen, wie es zu einer echten Vereinigung kommen soll.

In Deutschland ist Politik, sind Politiker zur Zeit in Verruf wie lange nicht mehr. Hängt das auch mit der Misere des Einigungsprozesses zusammen?

Ja, das hängt sicher damit zusammen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat nicht zu Unrecht den Eindruck, daß hier ein Ausmaß an Phantasielosigkeit und Handlungsunfähigkeit herrscht, das immer mehr Unwillen auslösen muß.

Die ehemalige DDR und deren Menschen haben 40 Jahre einer spezifischen Geschichte in das geeinte Deutschland eingebracht. Wie ist mit diesem Erbe umzugehen?

Eine schwierige Frage! Ich habe zusammen mit anderen Leuten des öffentlichen Lebens ein „Forum zur Aufklärung und Erinnerung“ initiiert, damit der Umgang mit dieser Vergangenheit sich nicht auf ein politisches Abgrenzungsritual beschränkt, in dem sich alles mögliche nicht Erf euliche mischt - traditioneller bürgerlicher Antikommunismus, die Renegatenhaltung vieler ehemaliger Kommunisten sowie von Leuten aus den Blockparteien und auch das schlechte Gewissen derer, die damals dem Trend der Mehrheit gefolgt sind und kollaboriert haben. Das ist zwar alles verständlich, unter den neuen Umständen aber keine gute Grundlage, diesen 40 Jahren Geschichte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Natürlich ist das in hohem Maße kompliziert. Die Kommunisten sind Gegner Hitlers gewesen und auf diesem Hintergrund haben sie in der DDR die Macht übernommen. Man muß aber doch daran erinnern, daß sie 1946 nicht allein an der Macht waren, sondern daß es demokratische Parteien gab. Und die Kommunisten haben zunächst den Eindruck zu erwecken versucht, als wollten sie sich in diese Koalition zur Regenerierung der Demokratie in deutschen Landen einreihen. Das haben sie dann sehr schnell und sehr gründlich fallen gelassen in dem Maße, wie

sie merkten, daß sie unter demokratischen Bedingungen nicht zur Macht gelangen würden. Das ist der Geburtsfehler der DDR gewesen. Außerdem muß man feststellen: Diese 40 Jahre Geschichte sind nicht nur die Geschichte der SED und der von ihr sehr schnell aufgerichteten Diktatur, sondern sie sind Geschichte von 16 Millionen Menschen, von denen ja ein großer Teil in ihr geboren und aufgewachsen ist. Und diese Geschichte der Bürgerinnen und Bürger der DDR - drei Generationen etwa - ist etwas ganz anderes als das, was die SED daraus machen wollte mit ihrer Zwei-Staaten-Theorie. Es ist aber auch etwas anderes, als die westdeutsche Optik daraus machen will. Ich habe unlängst ein Zitat aus einem Artikel gehört, in dem es etwa hieß, daß es, wenn jemand sich dafür entschieden habe, in der DDR zu bleiben, im Einzelfall wohl doch gerechtfertigt gewesen sei. Das unterstellt, daß die Entscheidung, in der DDR zu bleiben, im Regelfall darauf hinauslief, daß man ein Kollaborateur der SED-Diktatur habe sein wollen. Das kann man gar nicht scharf genug zurückweisen. Aber das zeigt, daß ein grenzenloses Unverständnis dieser Geschichte eher noch der Normalfall ist.

Wer soll denn die Arbeit der Vergangenheitsbewältigung leisten? Können die Westdeutschen dabei nicht höchstens eine Randrolle spielen?

Nein, das glaube ich nicht. Es ist gemeinsame deutsche Geschichte. Die DDR ist im Verlauf des Kalten Krieges so geworden wie sie geworden ist. Da geht es gar nicht um Schuldzuweisungen, sondern um Klarstellung dessen, was geschehen ist. Unbezweifelbar ist mit der Ostpolitik der SPD am Ende der siebziger Jahre ein Weg gefunden worden, auf dem man die Verhältnisse in der kommunistischen DDR humanisieren konnte. Das hat gewirkt, das muß man immer wieder sagen. Natürlich hat es die Diktatur nicht beseitigt, und es wird jetzt sehr viel mehr darüber gestritten, ob es sie konsolidiert habe - was man auch nicht leugnen können wird. Aber viel wichtiger bleibt, daß Ulbricht und Honecker durch die Offensive der neuen Ostpolitik der SPD schließlich in den Helsinki-Prozeß eingebunden worden sind. Das hat sie gezwungen, den Fragen der individuellen Menschenrechte, der Informations- und Reisefreiheit in gewisser Weise Rechnung zu tragen - natürlich nie in einem Umfang, wie das zu fordern gewesen ist, aber die DDR-Bürger haben es gespürt - ich selbst auch. Und sie waren dankbar dafür. Im übrigen hat ja der Fortgang der Dinge gezeigt, daß auch die CDU, als sie Anfang der achtziger Jahre an die Macht kam, gar keine ernsthafte Alternative zu dieser Politik gehabt hat. Wahrscheinlich hat Egon Bahr nicht geahnt, was er sagte, als er von dem Wandel durch Annäherung gesprochen hat. Jedenfalls ist durch die Annäherung ein Wandel zustande gekommen, der am Ende identisch war mit dem Zerfall der kommunistischen Herrschaft.

Das sehen, Sie haben es bereits erwähnt, nicht alle so. Die zur Zeit etwas in den Hintergrund getretene Debatte um die Rolle Manfred Stolpes, der in dieser Beziehung wohl eine Symbolfigur ist, gilt diesem zentralen Aspekt der DDR-Geschichte. Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley zum Beispiel sagt, daß Leute wie Stolpe, die das Gespräch, den Ausgleich mit den Machthabern gesucht haben, damit den Status quo zwischen den beiden Blöcken zementieren wollten und der Bürgerbewegung den Kampf gegen das Regime erheblich erschwert hätten.

Das ist gewiß nicht zu leugnen, aber man muß an Bärbel Bohley die Gegenfrage stellen, ob sie denn mit ihren Freunden - zu deren weiterem Umkreis ich mich auch rechnen darf - damals eine Politik zu betreiben bereit gewesen wären, die Konfrontation und auch die Gefahr der Gewaltanwendung impliziert hätte. Unsere Losung war doch: keine Gewalt! Ich würde gerne einmal mit ihr darüber reden, ob sie denn die Entspannungspolitik der SPD heute angreifen will, ob man dieser Politik damals hätte entgegengetreten wollen und sich zum Fürsprecher des Kalten Krieges hätte machen wollen. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Eine andere Frage ist, ob die Entspannungs-

politik auf jeden Fall darauf hinauslaufen mußte, Menschenrechtsverletzungen so zögerlich und diplomatisch zu behandeln, wie das geschehen ist. Das würde ich verneinen. Aber das darf man nicht im nachhinein in einer abstrakten Weise moralisch diskreditieren. Auch ich habe die kirchliche Diplomatie im Stil von Stolpe niemals gut gefunden. Aber man darf diese Diplomatie jetzt nicht angreifen, als sei sie einzig und allein zum Zweck der Kollaboration mit der SED gemacht worden. Das stimmt nun wirklich nicht, und das stimmt auch im Falle Bärbel Bohley nicht. Ich habe selbst in den Stasi-Akten lesen können, daß Herr Stolpe der Staatssicherheit gegenüber genau das vertreten hat, was Frau Bohley wollte.

Nun hat der Fall Stolpe neben diesen allgemeinpolitischen Aspekten auch noch andere, zum Beispiel den, wie Menschen in gewissen Funktionen sich verhalten, wie weit sie sich zum Beispiel mit dem Geheimdienst einlassen. Sollten nicht jene, die das getan haben, sich zumindest eine Zeitlang aus öffentlichen Ämtern zurückziehen?

Ja, ich halte diese Forderung für absolut berechtigt. Es kann nicht sein, daß jemand, der durch die geschichtlichen Umstände diskreditiert worden ist - und das passiert eben, wenn man sich identifiziert hat mit einer Politik, die dann scheitert und sich als moralisch fragwürdig erweist - off entliehe Ämter bekleiden kann. Es ist richtig, wenn unter demokratischen Gesichtspunkten gefordert wird, daß solche Persönlichkeiten sich dann ins Privatleben zurückziehen sollen. Die Frage ist, ob das im Fall Stolpe zutrifft. Das Urteil darüber, denke ich, muß man dem Untersuchungsausschuß überlassen. Ich will nur feststellen, daß ich, der ich Manfred Stolpe seit 1978 verhältnismäßig gut kenne, nicht wahrnehmen können, daß er seine Kontakte - und ich gehe davon aus, daß es sich um Kontakte gehandelt hat und nicht um Kollaboration - genutzt hat, um Dritten zu schaden oder um Vorteile, etwa Reisen und ähnliche Privilegien, für sich selbst herauszuschlagen. Das sehe ich nicht für erwiesen an und kann infolgedessen nur an dem Vertrauen festhalten, das ich gegenüber Manfred Stolpe habe, seit er aktiv bewiesen hat, daß er die Arbeit der Bürgerrechtsgruppe, aus der ich komme, abzusichern bereit war. Ich weiß ganz genau, daß er uns unterstützt hat. Das ist für mein persönliches Urteil ausschlaggebend.

Die Deutschen haben schon einmal, vor nicht allzu langer Zeit, die Erfahrung gemacht, was es bedeutet, Geschichte nicht zu bewältigen. Sehen Sie ähnliche Gefahren nach den 40 Jahren SED-Diktatur?

Ja, die sehe ich durchaus. Es gibt eine Neigung, alles mit irgendeinem Mantel, den ich nicht gerade den der christlichen Nächstenliebe nennen möchte, zuzudecken, fünf gerade sein zu lassen, Amnestie zu üben und darauf zu warten, daß Gras über alles Mögliche wächst. Ich halte das nicht für einen gangbaren Weg. Was den Vergleich mit der Ära nach 1945 anbelangt, so sind sich inzwischen von rechts bis links alle einig, daß es nicht wieder so gemacht werden kann, wie es damals gemacht worden ist. Auch Kollegen von der CDU stimmen uns heute zu, wenn wir sagen, daß es am Ende der sechziger Jahre zu schweren Krisen geführt hat, daß man nach dem Krieg alle Augen zuge-drückt hat und Leute wie Globke und eine ganze Richtergeneration einfach weitermachen durften. Daraus haben wir gelernt. Wir können es aber auch nicht so machen wie die Kommunisten damals, die einen großen Kehraus veranstalteten und damit auch bewirkt haben, daß in einer pauschalen Weise Traditionen zerstört worden sind, die durchaus nicht identisch waren mit dem Nationalsozialismus. Und im Zuge dieses Kehraus sind auch inkompetente Leute in die staatliche Verwaltung und in öffentliche Ämter gebracht worden, in die Polizei, die Lehrerschaft. Das können wir ebensowenig wiederholen.

Stehen jetzt nicht vielfach die falschen Leute im Rampenlicht der Öffentlichkeit, während die, die man wohl mit Fug und Recht als die Täter bezeichnen muß, eher wenig

beachtet werden? Was geschieht eigentlich mit den Tätern, mit denen also, die exekutiert haben - nicht unbedingt im Sinne von Erschießen?

Es hat durchaus Exekutionen gegeben. Das darf man nicht vergessen. SED-nahe Leute weisen oft darauf hin, daß der Stalinismus in der DDR nicht so blutig gewesen sei wie jener in der Sowjetunion. Das ist im Hinblick auf die absoluten Zahlen richtig, aber Todesopfer hat es dennoch gegeben.

Ansonsten kann ich leider nur bestätigen, daß es so ist, wie Sie gefragt haben. Das ist eine Folge davon, daß dieser ganze Prozeß falsch angelegt worden ist. Man hat den Vereinigungsprozeß zunächst sozusagen als eine Siegesfeier nach dem Ende des Kalten Krieges betrieben: Das bessere System hat gesiegt, die anderen sind blamiert, und das war es dann wohl. Der Siegesrausch ist ziemlich schnell verflogen und nun stehen wir da und haben alle einen Katzenjammer - vor allen Dingen einen juristischen Katzenjammer, weil eigentlich jeder erkennt, daß es schwerwiegende rechtliche Probleme gibt. Es gibt zwar eine Pflicht zur Strafverfolgung, aber es gibt - gerade im Bereich der sogenannten Haupttäter - vorläufig noch keine Lösung für den Umgang mit Vergehen, die einer anderen Kategorie angehören als der des Strafrechtes. Darauf sind weder Justiz noch Rechtswissenschaft vorbereitet. Auch das ist, denke ich, eine Folge der Versäumnisse in der Vergangenheit. Die Mehrheit der deutschen Juristen hat ja das Verfahren gegen die Naziverbrecher nach 1945 - also Nürnberg und die Folgeprozesse - abgelehnt und sich damit grundsätzlich einer juristischen Auseinandersetzung mit diesen extraordinären Tatsachen und Folgen der Rechtszerstörung verweigert. Das macht uns heute so hilflos.

Aber wirken nicht zum Beispiel im Fall Schalck-Golodkowski noch andere als juristische Kräfte?

Der Fall ist auch insofern klar, als Herr Schalck unter politischem Schutz steht. Ich habe den Vertrag gelesen, den er sich selbst aufgesetzt hat. Es wird sicherlich nie irgendein Dokument zum Vorschein kommen, auf dem die Unterschrift eines namhaften westdeutschen Politikers steht. Aber wenn man seinen Vertrag mit dem jetzigen Zustand vergleicht, in dem sich Herr Schalck befindet, dann lassen sich schon Schlußfolgerungen ziehen.

Also hat es jenseits der - positiv zu bewertenden - politischen Zusammenarbeit etwa im Rahmen von Entspannungspolitik, doch Kollaboration in anderer Dimension gegeben?

In ganz anderer Dimension. Und die hängt damit zusammen, daß sich dabei alle möglichen Leute in der westdeutschen Wirtschaft schamlos in riesigem Umfang bereichert haben und dabei von politischer Seite gedeckt worden sind.

Gehört das nicht auch zur Vergangenheitsbewältigung?

Das denke ich auch. Nicht zuletzt deswegen gibt es den Untersuchungsausschuß des Bundestags, der aber nicht recht vorankommt, weil die Sachkunde der dort Sitzenden begrenzt ist und ohne - das darf ich wohl ohne Selbstüberschätzung von Bündnis 90 sagen - die Gegenwart von Ingrid Koppe und Reinhard Krämer dort überhaupt nichts passieren würde.

Im Hinblick auf die Stasi-Akten gibt es immer wieder Tendenzen, die sie sperren oder doch sehr viel zurückhaltender damit umgehen wollen. Sehen Sie in einem derartigen Verfahren einen Ansatz zum Versöhnungsprozeß?

Überhaupt nicht. Die Schließung der Akten würde dem gleichkommen, was die Psychologen Verdrängung nennen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine Versöhnung

durch Verdrängung zustande kommt. Dann würden wieder jene Mechanismen und Rituale der bloßen Abgrenzung dominieren, die ich in der Volkskammer im Jahre 1990 bis zum Überdruß kennengelernt habe, wo es bei gewissen Leuten schon zum bedingten Reflex geworden war, jede Parlamentsrede mit einer Tirade gegen die SED zu beginnen. Das bringt überhaupt nichts. Aber genau das würde eintreten, wenn die Akten und die Behörde des Bundesbeauftragten geschlossen würden. Wir waren neulich mit Bürgerrechtlern aus Rußland, aus Polen, aus Ungarn und der CSFR zusammen und haben dieses Thema besprochen. In Osteuropa gibt es verschiedene Meinungen zu dem Thema, und in den anderen Ländern gibt es ein solches Gesetz, wie wir es in der Bundesrepublik haben, bisher bekanntlich nicht. Die Polen sind nicht daran interessiert, die Geheimdienst-Akten jetzt zu öffnen, allerdings mit Betonung auf *jetzt* Sie halten es für politisch destruktiv und destabilisierend. Jeder, der das kritisiert, sollte sich die Lage in Polen erst einmal näher betrachten, ehe er von außen Urteile fällt. Was Rußland anbelangt und Ungarn, so haben sie uns deutlich gemacht, daß sie eigentlich interessiert wären, so vorzugehen wie wir. In der CSFR ist der Weg insofern anders gewählt worden, als es dort kein Akteneinsichtsrecht gibt aber dafür eine Art von Durchleuchtungsgesetz, das bestimmte Grundsätze über die Qualifikation für bestimmte Posten im politischen öffentlichen Leben aufstellt. Insgesamt kann man sagen, daß auch in den neu entstehenden Demokratien Osteuropas das deutsche Verfahren, das unter dem Druck der Forderungen der Bürgerrechtler entstanden ist, keineswegs rundheraus abgelehnt wird.

Ich sehe keinen Weg zur Versöhnung, der an der Wahrheit vorbeiführt. Natürlich besteht die Wahrheit nicht allein aus Stasi-Akten, genau so wenig wie die DDR ausschließlich aus Stasi-Spitzeln bestanden hat. Für falsch halte ich allerdings, an welchen Stellen mit der Abrechnung begonnen wird. Schon in der Modrow-Regierung habe ich einen Kampf dagegen geführt, daß zunächst die Dorfbürgermeister wegen Wahlfälschungen angeklagt wurden. Ich habe darauf hingewiesen, wer die zentrale Wahlkommission und ihr Vorsitzender gewesen waren, nämlich Egon Krenz, der nicht angeklagt wurde. Das Verfahren lief darauf hinaus, irgendwo unten anzufangen in der Hoffnung, irgendwann an der Spitze anzukommen. Das wird nicht gelingen.

Eine Frage zum Thema Denunziation: Man weiß inzwischen, daß die Denunziation im Dritten Reich eine erhebliche Rolle gespielt hat. Hatte das zu Zeiten der DDR ein ähnliches Ausmaß und sind die Deutschen dafür besonders anfällig?

Ich fürchte, sie sind besonders anfällig. Das hängt damit zusammen, daß unser National- und Solidaritätsbewußtsein nur schwach ausgeprägt sind. Die Deutschen sind eine inhomogene Masse und das wirkt sich unter gewissen Umständen besonders verhängnisvoll aus. In Deutschland wurden Aufsplitterung und Gegeneinander-Ausspielen nur dadurch aufgehoben, daß man irgendeiner Gruppe angehörte, zum Beispiel der Arbeiterbewegung. Dann war klar, daß Arbeiter oder auch Kommunisten sich nicht gegenseitig verraten — ähnliches gilt für Richter, für Mediziner oder für konspirative Gruppen. Auf nationaler Ebene konnte man die Deutschen hingegen immer wunderbar ausspielen. So ist das leider auch in der Nazi-Zeit und in der kommunistischen Diktatur gewesen, bis in die Kirche hinein und bis hin zu den Künstlern. Biermann hat in seiner Büchner-Preisrede denunziert. Und wenn es zehnmal gestimmt haben mag, was er über Andersen gesagt hat, bleibt es eine öffentliche Denunziation und damit in meinen Augen eine Schändlichkeit.

in diesem Zusammenhang eine Frage nach der Rolle der Intellektuellen: Da wogt der Kampf um ihre Funktion, um die Einschätzung der DDR - Biermann haben sie genannt, Grass spielt eine Rolle und viele andere. Trägt das zur Vergangenheitsbewältigung bei? Fallen da die richtigen Stichworte? Stehen die Leute an den richtigen Fronten?

Sie stehen an hundert Fronten. Besonders unerfreulich ist, wie in der abstoßendsten Weise persönliche Gegensätze und Feindschaften politisch aufgeputzt werden. Das geht bis in die Reihen der Universitätsprofessoren. Es ist kaum zu glauben, was es da an wechselseitigen Denunziationen gegeben hat. Man kann die Öffentlichkeit nur beglückwünschen, daß sie das nur zum Teil mitgekriegt hat.

Es gibt aber auch leuchtende Gegenbeispiele: Günter Grass und Christa Wolf etwa haben niemanden denunziert. Christa Wolf hat sich nicht einmal an denjenigen gerächt, die unqualifizierte Angriffe auf sie gestartet haben. Mir ist auch nicht bekannt, daß Günter Grass gegen einzelne Kollegen aufgetreten ist, während er vielfach geschmäht wurde - vor kurzem noch von Reich-Ranicki im „Spiegel“. Das ist aufs Ganze gesehen ein jammervolles Bild.

Die intellektuelle Auseinandersetzung findet vorrangig im Feuilleton statt. Ist das der richtige Ort für eine derart grundsätzliche Debatte?

Über den Ort müßte man vielleicht länger streiten. An sich sind die Medien schon ein Ort der Diskussion und der politischen Auseinandersetzung. Die Art und Weise, wie man sie führt, ist kein Ruhmesblatt der deutschen Publizistik und der deutschen Literatur. Das scheint mir ein Indiz dafür zu sein, daß uns im Augenblick irgendwie die Kräfte und Kapazitäten fehlen, um die Auseinandersetzung, die ja durchaus geführt werden muß, auf dem ihr angemessenen künstlerischen und politischen Niveau zu führen.

Sehen Sie im Zusammenhang mit dem allgemeinen Unwillen an der Politik, der ja alle Parteien betrifft, die Gefahr, daß es in Deutschland nach rechts geht?

Ja, die sehe ich. Und die Gefahr ist um so größer, je näher die politische Barbarei in die Bildungsschicht eindringt. So war es vor 1933: Die Nazis hatten die Bastionen der Demokratie in dem Moment geschleift, in dem sie die Universitäten erobert hatten. Da war die Katastrophe passiert. Ich hoffe, daß uns das diesmal erspart bleibt. Aber es sind alarmierende Symptome zu erkennen: Erstens gibt es deutsche Universitätsprofessoren, die diesen Tendenzen auf intellektuellem Niveau Vorschub leisten. Leider sind es gerade Leute, die in meiner eigenen Disziplin, der Geschichte, eine hervorragende Rolle einnehmen. Dann ist mir durch einen Vorfall der letzten Tage mit Schrecken bewußt geworden, welche Barbarei bereits auf den höchsten Rängen der Politik um sich gegriffen hat. Ich beziehe mich auf ein Schreiben des Präsidenten des Goethe-Instituts, der es gewagt hat, der Föderalismus-Kommission des Deutschen Bundestages und des Bundesrates, also einer nicht gerade belanglosen Gruppe, einen Brief zu schreiben, der eine Antwort auf den Vorschlag von Ministerpräsident Bernhard Vogel (Thüringen) darstellt, den Sitz des Goethe-Instituts von München nach Weimar zu verlegen. Der Präsident hält es für richtig zu sagen, angesichts der Aufgaben, die das Goethe-Institut habe, sei es undenkbar, daß seine Leitung und sein Sitz sich in einer schwer zugänglichen Kleinstadt wie Weimar befinden. Das mag ja noch hingehen. Natürlich fragt man sich, wieso es dann möglich war, daß jemand wie Goethe von dieser damals noch viel unzugänglicheren Kleinstadt aus die ganze Welt beeinflussen konnte und Besuche aus aller Welt empfing. Da mag man vielleicht den Anachronismus des Denkens milde beurteilen. Aber die Milde hört sofort auf, wenn in demselben Brief der Satz steht: Und im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Benennung dieses Institutes eher zufällig sei, mit der Person und dem Werk Goethes schlechterdings nichts zu tun habe. Das halte ich für unfäßbar. Und ich frage mich, ob ein Präsident, der für deutsche Sprache und Kultur in aller Welt stehen soll, weiter auf diesem Posten bleiben kann, wenn er mit einer Tradition, die zu den Kernbestandteilen unserer Kultur gehört, so offenkundig nichts im Sinn hat. Ich halte es für ein alarmierendes Zeichen, wenn die Bundesrepublik es sich leistet, ein Institut mit jemandem zu besetzen, der nicht etwa

beiläufig im Gespräch oder aus Versehen in einer Talk-show sondern in einem amtlichen Schreiben einem der höchsten Verfassungsorgane unseres Landes erklärt, daß er mit diesem Kernbestand deutscher Kultur nichts zu tun haben wolle. Das ist in meinen Augen Barbarei.

Kommt die Entwicklung nach rechts nicht in dem Maße in Gang, in dem die amtliche Politik von vielen Menschen nicht mehr akzeptiert werden kann, so daß sich einige auf den Weg nach dorthin machen, wo sie meinen, daß die Menschen da demnächst ankommen werden?

Das würde einer Selbstdemontage der Demokratie gleichkommen. Man kann nur warnen, diesen Weg zu gehen. Ich hoffe auch, daß in der CDU und CSU dafür noch eine Sensibilität vorhanden ist.

Im übrigen ist die politische Rechte eine Form des politischen Primitivismus, und wenn sie Macht gewinnen soll, dann ist sie angewiesen auf Leute - Männer und Frauen -, die im politischen Denken Analphabeten sind. An die appelliert sie in ihren Schwarz-Weiß-Stellungnahmen, auch wenn sich Herr Schönhuber jetzt bemüht, als eleganter Mann in Frack und Krawatte aufzutreten. Deshalb muß man alle vorhandenen Kräfte - angefangen von der Schule über alle Verbände wie die Gewerkschaften, bis hin zu Kirchen und zu kulturellen Institutionen - zu einer Kampagne der politischen Alphabetisierung zusammenfassen. Ich glaube, das ist die sicherste Gegenwehr gegen die Gefahren des Rechtsextremismus. Wer in dieser Situation nach der Polizei, nach verschärften Gesetzen und verschärften Strafen verlangt - wie es etwa in den USA geschieht -, der leistet den Tendenzen, die er bekämpfen will, nur Vorschub.